



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Riemer

Telefon: (0221) 221-23124

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: dagmar.riemer@stadt-koeln.de

Datum: 27.09.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 18.09.2018, 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vorsitzender
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Herr Malik Karaman	SPD	Vertreter für Frau Polina Frebel
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Ira Sommer	CDU	Vertreterin für Frau Anna-Maria Henk-Holstein
Frau Luisa Schwab	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	Vertreterin für Herrn Volker Görzel

Rechnungsprüfungsamt

Herr Hans-Jochen Hemsing

Herr Ralf Jülich

Herr Gustav Herrmann

Herr Klaus Heller

sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein Dez. IV

Herr Beigeordneter Markus Greitemann Dez. VI

Frau Ursula Adams	562
Herr Wolfgang Behrisch	26
Herr Helmut Blömeke	113
Herr Christopher Braun	46 Sanierung Bühnen
Herr Josef Breuer	322
Herr Michael Duhme	400-1
Herr Manfred Hackl	42-1
Herr Dr. Matthias Hamann	4522
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	374
Frau Claudia Lindlahr	400-6
Frau Cornelia Müller	62
Frau Dr. Isabell Nehmeyer-Srocke	20
Frau Bogumila Olszewski	200-1
Herr Franco Prandi	113-3
Frau Ursula Schlenzok	30
Herr Patric Stieler	64
Herr Bernd Streitberger	46 Sanierung Bühnen

Zuschauer

2 Gäste

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Volker Görzel	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Sven Tritschler	AfD
----------------------	-----

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden.

Es ergeben sich folgende Zusetzungen zur Tagesordnung:

- 6.3 Personalrisikomanagement
Rechnungsprüfungsausschuss 12.04.2018, TOP 6.1
2970/2018

- 15.6 Ansprüche gegen Unternehmen des sogenannten LKW-Kartells der Jahre 1997 - 2011
außergerichtlicher Vergleich oder gerichtliche Geltendmachung und entsprechende Anwaltsbeauftragung
3074/2018

Da Herr Beigeordneter Dr. Keller nicht anwesend ist, schlägt Herr Detjen vor, folgende Tagesordnungspunkte zurückzustellen:

- 13.2 Prüfbericht Erteilung von straßenrechtlichen Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnissen bei 32 - Amt für öffentliche Ordnung
1786/2018
- 13.3 Prüfbericht über die Beauftragungen von Rechtsanwälten bei 30 - Rechts- und Versicherungsamt
2668/2018

Herr Detjen regt an, TOP 9.1 vorzuziehen, sowie TOP 6.2 dann zu beraten, wenn Frau Beigeordnete Dr. Klein anwesend ist.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zu- und Absetzungen zur Tagesordnung und der veränderten Reihenfolge der Tagesordnungspunkte einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 4.1 Kostensteigerung bei Großprojekten
Anfrage der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Köln vom 16.04.2018
AN/0574/2018
2132/2018
- 5 Beschlussvorlagen**
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Mitteilung zum Prüfbericht LSA Erneuerungsprogramm des Amtes für Verkehrsmanagement
Rechnungsprüfungsausschuss 16.05.2017, TOP 2.1
1845/2018
 - 6.2 Prüfung der Istkostenerhebung der tatsächlich in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
2640/2018
 - 6.3 Personalrisikomanagement
Rechnungsprüfungsausschuss 12.04.2018, TOP 6.1
2970/2018
- 7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
 - 7.1 Vorlage des Gutachtens zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln der Kanzlei Hecker Werner Himmelreich
Beantwortung der Ergänzungsfragen
2660/2018

8 Anfragen

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

Stand Mai 2018

2178/2018

Stand Juni 2018

2407/2018

Stand Juli 2018

2835/2018

I. Öffentlicher Teil

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Kostensteigerung bei Großprojekten

Anfrage der Fraktion Die Linke. im Rat der Stadt Köln vom 16.04.2018

AN/0574/2018

2132/2018

Herr Detjen begrüßt die informative Beantwortung der Anfrage.

Er macht deutlich, dass die aktuell vorliegende tabellarische Übersicht unter anderem die Leistungsphase, in der sich die Baumaßnahme befinde, als auch die Kostenveränderung darstelle.

Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe, die jeweiligen Kostensteigerungen bzw. -senkungen in den Leistungsphasen nach Gründen zu clustern. Im Ergebnis könnten die Kostenabweichungen fachlich sachlicher diskutiert und transparenter dargestellt werden.

Auch möchte er wissen, warum für Projekte mit Baubeschluss von vor drei Jahren oder mehr keine Kostensteigerungen eingeplant worden seien. Er gibt zu bedenken, ob die Berücksichtigung einer derzeit zu beobachtenden inflationären Kostensteigerung nicht angebracht sei. Herr Detjen bittet um Erörterung der Gründe für Kosten-senkungen einzelner Maßnahmen, bzw. Einhaltung des Kostenrahmens für das Projekt Görlinger Zentrum.

Insgesamt sollte eine Transparenz hinsichtlich der Gründe für Kostensteigerungen und -senkungen erzielt werden.

Nach Ausführungen von Herr Greitemann sind bereits Gespräche über eine weitere Clusterung der Übersicht bezogen auf die Leistungsphasen sowie die Gewerke und Kostengruppen geführt worden. In diesem Zusammenhang verweist Herr Greitemann auch auf das durchgeführte Risikocontrolling im Rahmen der Generalsanierung der Zentralbibliothek der Stadt Köln.

In einem nächsten Schritt werden zusätzliche Informationen hinsichtlich Kostensteigerungen durch zusätzliche Bedarfe des Nutzers, Fehlplanungen der Ingenieurinnen,

Ingenieure und Projektsteuerer, Unwägbarkeiten der Sanierung sowie der Marktlage, Teuerungsraten in die Übersicht aufgenommen.

Die Ursachen

- der fehlenden Einplanung von Kostensteigerungen,
 - einer tatsächliche Kostensenkung sowie
 - der Einhaltung des Kostenrahmens für das Projekt Görlinger Zentrum
- würden schriftlich beantwortet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

5 Beschlussvorlagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

6 Mitteilungen

6.1 Mitteilung zum Prüfbericht LSA Erneuerungsprogramm des Amtes für Verkehrsmanagement Rechnungsprüfungsausschuss 16.05.2017, TOP 2.1 1845/2018

Herr Detjen bittet um Verweis der Vorlage in den Verkehrsausschuss.

Frau Oedingen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Fertigstellung der Lichtsignalanlagen (LSA) für 2018.

Sie führt aus, dass im Stadtbezirk Nippes ein Kreisverkehr geplant sei und dennoch eine LSA installiert werden solle. Sie erkundigt sich nach den erforderlichen Abstimmungsprozessen.

Eine Auflistung der in 2018 umgesetzten Maßnahmen werde nach Zusage von Herrn Stieler nachgereicht.

Die Erneuerung von LSA an vorgesehenen Kreisverkehren erfolge, wenn der Kreisverkehr noch nicht baufähig sei. Die Anlagenbestandteile könnten gegebenenfalls nach Errichtung des Kreisverkehrs anderweitig eingesetzt werden.

Herr Stieler verweist auf die verbesserten organisatorischen Gegebenheiten im Amt für Verkehrsmanagement. Personalzusetzungen stünden an, auch eine Veränderung der Organisationsstruktur beschleunige die Entscheidungsprozesse und Abläufe. Den bestehenden Erneuerungsbedürfnissen könne somit erfolgreich begegnet werden. Dies werde auch durch die erneuerten LSA in 2017 erkennbar. In 2016, 2017 seien jedoch auch irreparable alters-, witterungs- und bautypenabhängige Ausfälle zu verzeichnen gewesen.

Er beziffert den bestehenden notwendigen jährlichen Erneuerungsbedarf mit 50 LSA.

Da bislang jährlich nur 24 LSA jährlich erneuert worden seien, bezweifelt Herr Detjen eine realistische Erneuerung von rund 50 Ampelanlagen und mehr in 2018, 2019 und 2020. Auch vor dem Hintergrund Transparenz zu schaffen, befürwortet er eine Priorisierung der Anlagen. Das Rechnungsprüfungsamt habe auch festgestellt, dass die gesteckten Ziele in der Vergangenheit nicht erreicht worden seien.

Nach Ausführungen von Herrn Stieler bestehe eine entsprechende Prioritätenreihung der zu erneuernden LSA, die unter Berücksichtigung ungeplanter irreparabler Ausfälle von LSA abgearbeitet werde.

Diese werde dem Rechnungsprüfungs- und dem Verkehrsausschuss nachgereicht. Er wiederholt, dass aufgrund der organisatorischen und personellen Veränderungen die Zielgröße von jährlich 50 erneuerten LSA tatsächlich zu erreichen sei.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Prüfung der Istkostenerhebung der tatsächlich in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 2640/2018

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Köln 144 Millionen Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen zahle, da sich Land und Bund nur zu 27 % an den entsprechenden Kosten beteiligten. Eine höhere Refinanzierung durch Land und Bund müsse erreicht werden.

Entsprechende Forderungen, die nicht nur die Stadt Köln betreffen, würden nach Ausführungen von Frau Dr. Klein durch die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Zu überlegen sei, wie auf der politischen Ebene eine Veränderung mit dem Ziel einer höheren Refinanzierung erreicht werden könne.

Frau Dr. Nehmeyer-Srocke weist auf die Sitzung des Städtetages NRW am 12.09.2018 hin. Dort sei beschlossen worden, die Forderungen zu unterstützen. Die Erstattungspauschalen seien zu erhöhen und zu dynamisieren. Für die Personengruppe mit dem Status einer „Duldung“ sei eine Finanzierung vorzusehen. Diese Forderungen würden durch den Städtetag an das Land herangetragen werden.

Frau Hoyer bittet darum, die nicht erstattungsfähigen Kosten abrechenbarer Personen sowie die Kosten der Personengruppe der „Geduldeten“ differenziert darzustellen.

Herr Detjen regt eine entsprechende ergänzende Mitteilung für den Finanzausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss im nicht öffentlichen Teil an.

Er erinnert daran, dass bereits in der Vergangenheit die Anrechnung der Personen mit dem Status „Duldung“ auf die Quote erreicht worden sei.

Die Thematik insgesamt sollte im Finanzausschuss diskutiert werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Personalrisikomanagement Rechnungsprüfungsausschuss 12.04.2018, TOP 6.1 2970/2018

Frau Oedingen lobt das Personalrisikomanagement-Konzept und möchte wissen, wie die Daten in das System SAP Business Warehouse eingepflegt werden und ob SAP HR zum Einsatz kommt.

Der jahrelange Einsatz von SAP HR und der Rückgriff auf die Datensätze werden durch Herrn Prandi bestätigt. Darüber hinaus werde auch der Bereich der Organisation über SAP abgebildet.

Auf die Frage von Herrn Detjen nach den im Einzelfall bestehenden Spielräumen für Höhergruppierungen verweist Herr Blömeke auf die verpflichtende rechtmäßige Anwendung des Tarifvertrages. Sofern eine Tätigkeit zwischen zwei Entgeltgruppen lie-

ge, könne der Ermessensspielraum großzügig ausgeübt werden. Im Hinblick auf die Zuordnung zur Entwicklungsstufe könne inzwischen bei der Einstellung von externen Bewerberinnen und Bewerbern, insbesondere im technischen Bereich, eine qualitativ vergleichbare Berufserfahrung voll oder teilweise berücksichtigt werden.

Herr Detjen erkundigt sich, ob nicht durch den Bau von Werkswohnungen oder die Bereitstellung von Werkskindertagesstätten das Angebot für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver gestaltet werden könne. Da lt. Aussage von Herrn Dr. Keller im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales eine Ausbildungsquote von 8 % nicht ausreiche, frage er sich, ob die Verwaltung dem Rat eine solche von 10 % vorschlage.

Herr Blömeke führt aus, dass sich die Bereitstellung von Betriebskindergartenstätten im Zusammenhang mit dem Konzept Bewerbercenter, Akquise von externem Personal in der Planung befinde. Die Bereitstellung von Werkswohnungen hingegen sei nicht beabsichtigt.

Jährlich werde ein Kontingent von Auszubildenden eingestellt und der Verwaltung bedarfsgerecht zugewiesen. Aufgrund der demographischen Entwicklung reiche die Ausbildung alleine nicht aus, künftige Planstellen ausreichend zu besetzen. Die Ausbildungsquote werde über 6 % erhöht, sofern qualitativ geeignetes Personal gewonnen werden kann. Zur Akquise von Personal würden Ausbildungsmessen besucht und aktiv auf Schülerinnen und Schüler zugegangen. Da das Thema Beschäftigungssicherheit in der öffentlichen Verwaltung auch heute nicht zu vernachlässigen sei, würden Fachleute auf dem externen Arbeitsmarkt akquiriert werden können.

Frau Hoyer möchte im Zusammenhang mit der Erhöhung der Ausbildungsquote von über 6 % durch eine Ausbildungsfirma wissen, wo eine solche Einrichtung angesiedelt werden soll.

Die Ausbildungsdienststelle werde nach Ausführungen von Herrn Prandi als Pilotprojekt im Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement angesiedelt. Sofern sich das Modell als erfolgreich erweist, werde es erweitert. Ausbildungskapazitäten sollen hierdurch zudem erhöht werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

7.1 Vorlage des Gutachtens zur Prüfung der Störungen des Projektes Sanierung Bühnen Köln der Kanzlei Hecker Werner Himmelreich Beantwortung der Ergänzungsfragen 2660/2018

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand Mai 2018 2178/2018

Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand Juni 2018 2407/2018

Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Stand Juli 2018 2835/2018

Herr Streitberger legt dar, dass das Risiko einer möglichen Planungsverlängerung im Juli 2018 abschließend analysiert und bewertet worden sei. Demnach werde die Verlängerung der erweiterten Entwurfsplanung um drei Monate unumgänglich. In der Konsequenz könnten die Ergebnisse der Entwurfsplanung im 2. Quartal 2019 erwartet werden. Zu diesem Zeitpunkt werde die Termin- und Kostenprognose überprüft.

Im Monatsbericht August 2018, der dem Rechnungsprüfungsausschuss in der nächsten Sitzung vorliege, sei dieser Sachverhalt in der Darstellung der Terminplanung zu erkennen.

Nach Ausführungen von Herrn Streitberger könnten die restlichen, unabgeschlossenen 6 % der Zustandsfeststellungen vernachlässigt werden, so dass mit dem Monatsbericht Juni 2018 die Berichterstattung der Zustandsfeststellungen eingestellt worden sei.

Er weist ferner darauf hin, dass einem Unternehmen der Haustechnik im Juni 2018 gekündigt worden sei.

Herr Streitberger macht hinsichtlich des Monatsberichtes August 2018 auf das neue Blatt 5 aufmerksam, mit dem nun laufend über den Sachstand „Markterkundung - Vergabe“ informiert werde.

Die Firmengespräche seien zudem im August 2018 in einem Umfang von 82 % abgeschlossen. Die verbleibenden 18 % würden sich überwiegend auf kleinere Gewerke, z. B. Schreiner beziehen.

Lediglich hinsichtlich eines größeren Gewerks der Haustechnik müssten neu vorgelegte Belege mit einem Umfang von rund 300.000 Euro geprüft werden. Diesbezüglich sei ein Abschluss der Gespräche im September unumgänglich.

Im Anschluss bestehe Klarheit über die erforderlichen Neuausschreibungen.

Im August 2018 seien zudem Firmengespräche hinsichtlich der Neuausschreibung der Feuerlöschanlagen geführt worden. Herr Streitberger verweist auf die grundsätzlich bestehende, angespannte Marktlage und erläutert das Vorgehen zum Ablauf der Gespräche und deren Protokollierung unter Beteiligung eines Rechtsanwaltes.

Die Markterkundung für das Gewerk Starkstromanlagen stünden kurzfristig an, folgen würden Kälteanlagen für raumluftechnische Anlagen, Raumluftechnische Anlagen und Wärmeversorgungsanlagen.

Der Beschluss zur Möblierung des Offenbachplatzes werde dem Rat in der Sitzung am 27.09.2018 vorgelegt.

Die Kosten der Baustelle gibt Herr Streitberger mit 2,5 Millionen Euro monatlich an. Die tatsächlichen Ausgaben würden aktuell 311 Millionen Euro, die Verpflichtungen 368 Millionen Euro ausmachen. Die prognostizierten Gesamtkosten könnten im August 2018 mit rund 542 Millionen Euro beziffert werden.

Das zur Verfügung bestehende Budget betrage 404 Millionen Euro. Innerhalb dieses Rahmens könnten Entscheidungen getroffen werden, außerhalb des Budgets bestünden keinerlei Ermächtigungen. Ende 2018, Anfang 2019 werde eine Vorlage für die Budgeterhöhung erstellt, die mit der Kämmerei abzusprechen sei. Eine Erhöhung des Budgets um 141 Millionen Euro werde angestrebt. Dies mache die Differenz zwischen dem jetzigen und dem prognostizierten Budget aus. Entsprechende Informationen würden den Gremien frühzeitig vorgelegt und umfassen auch Auswirkungen auf den Betriebskostenzuschuss und die Abschreibungszeiten sowie den Erneuerungsbedarf.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen macht Herr Streitberger deutlich, dass im Betriebskostenzuschuss auch die ersten Abschreibungen berücksichtigt würden. Anfang 2019 werde die Bühnentechnik mit einem Investitionsvolumen von 71 Millionen Euro abgenommen. Der entsprechende Abschreibungszeitraum betrage überwiegend 30 Jahre. Er weist darauf hin, dass das Haushaltsjahr der Stadt dem Kalenderjahr 01.01. - 31.12. entspreche, dass der Bühnen umfasse jedoch den Zeitraum 01.09. - 31.08. eines jeden Jahres.

Herr Erkelenz fragt, inwiefern sich die frühzeitige Abnahme einzelner Gewerke auf die jeweilige Gewährleistung auswirke. Er gibt zu bedenken, dass die Gewährleistung gegebenenfalls bereits vor Eröffnung der Bühnen abgelaufen sei.

Herr Streitberger erörtert, dass gerade diese Sachlage erreicht werden solle. Für alle technischen Gewerke bestehe eine Gewährleistungsfrist von vier Jahren. Durch die Fertigstellung und Abnahme der beiden großen Bühnen, könne und müsse die Technik in Betrieb genommen werden. Bereits vor Eröffnung des Hauses könnten somit alle Mängel und „Kinderkrankheiten“ ermittelt und abgestellt werden. Gleichzeitig bestehe die Möglichkeit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schulen und die Anwendung praktisch zu erproben. Damit werde die Sicherheit erreicht, dass zum Zeitpunkt der Eröffnung Alles funktioniere.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

gez. Dagmar Riemer
Schriftführerin